

Stefan Krätke ■

## Regionalforschung in regulations- theoretischer Perspektive

In den gesellschaftswissenschaftlich fundierten Ansätzen der Regionalwissenschaften sind heute verschiedene neuere Konzepte verbreitet, die sich in manchen thematischen Schwerpunktsetzungen überschneiden und ergänzen. Einer dieser Ansätze wird als „Regulationstheorie“ bezeichnet. Die von französischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern entwickelte Regulationstheorie ist ein gesellschaftswissenschaftliches Forschungsprogramm und methodisches Rahmenkonzept, das seit den 80er Jahren in verschiedenen Disziplinen der Sozialwissenschaften und auch in der Wirtschaftsgeographie sowie der Stadt- und Regionalforschung eine wachsende Zahl von Anhängern und Anwendern gefunden hat. Warum ist es für Wirtschafts- und Sozialgeographen sinnvoll, sich mit dem Regulationsansatz zu beschäftigen? Der Grund liegt zunächst darin, daß Wirtschafts- und Sozialgeographie ihre theoretischen Rahmenkonzepte meist aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften beziehen und letztere sich glücklicherweise *weiterentwickeln*. Ein weiterer Anreiz liegt in der Vermutung, daß jene neueren Konzepte der Gesellschaftstheorie, die der räumlichen Dimension und territorialen Differenzen einen hohen Stellenwert zuerkennen, innovative Anstöße für unser Verständnis der Entwicklung gesellschaftlicher Räume geben können.

Mein Beitrag gliedert sich in drei Punkte: 1. eine Skizze des Basiskonzepts der Regulationstheorie, 2. einen kurzen Überblick zur Verwendung des Regulationsansatzes in der Raumforschung, einschließlich Hinweisen auf Fehlentwicklungen und Schwachstellen, und schließlich 3. eine Einschätzung der möglichen „Resultate“ des Regulationsansatzes für die Regionalwissenschaften. Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, die mittlerweile umfangreichen und thematisch weit verzweigten Arbeiten der Regulationstheorie im einzelnen aufzulisten und zu würdigen. Eine Übersicht zu Basistexten der „Regulationsschule“ und zu den vom Regulationsansatz inspirierten regionalwissenschaftlichen Arbeiten findet sich in Krätke et al. (1997).

### 1 Das Basiskonzept des Regulationsansatzes

Der Regulationsansatz kann als Beitrag zu einer neuen politischen Ökonomie betrachtet werden, und er ist zugleich den Beiträgen zur Weiterentwicklung einer institutionellen und

evolutionären Ökonomie zuzuordnen: Der Regulationsansatz stellt vor allem die gesellschaftliche Einbettung des Wirtschaftsprozesses heraus: Kapitalakkumulation ist nicht „rein ökonomisch“ zu betrachten, sondern in ihrem gesellschaftlich regulierten Charakter zu erfassen. Den Regulationisten geht es insbesondere um die Erforschung von historisch bestimmten Ensembles *komplementärer* ökonomischer und außerökonomischer Mechanismen, die für bestimmte Zeitperioden eine relativ stabile Wirtschaftsentwicklung ermöglichen. Der Regulationsansatz entstand aus der Kritik an der neoklassischen Wirtschaftstheorie wie auch am strukturalistischen Marxismus. Gegenüber der Mainstream-Ökonomie wird betont, daß man nicht von einer klar abgrenzbaren Sphäre „rein“ ökonomischer Beziehungen und Mechanismen, die für sich zur Herstellung von Gleichgewichtszuständen tendieren würden, ausgehen kann. Vielmehr seien ökonomische Beziehungen und Mechanismen immer in einen bestimmten *gesellschaftlichen* Entwicklungsrahmen eingebettet. Dies hat u. a. zur Konsequenz, daß die wirtschaftliche Entwicklung von Territorien *pfadabhängig* ist und die *ungleichmäßige* Entwicklung von Wirtschaftsräumen kaum revidierbar ist. Gegenüber der Mainstream-Ökonomie wird ferner betont, daß wirtschaftliche, soziale und politische *Institutionen* als *endogene* Faktoren der Wirtschaftsentwicklung anzusehen sind. Regulationisten verkennen keineswegs die grundlegende Bedeutung von Marktmechanismen in der Reproduktion kapitalistischer Ökonomien – sie stellen vielmehr die komplementäre Funktion von Institutionen, Netzwerken, Normen und Konventionen für die Gestaltung und Regulierung des Wirtschaftsprozesses heraus.

Gegenüber dem „strukturalistischen“ Marxismus Althusserianischer Prägung, der den Kapitalismus als eine von ehernen Gesetzmäßigkeiten bestimmte und sich quasi automatisch reproduzierende gesellschaftliche Produktionsweise betrachtet, betonen Regulationisten die Strukturkrisen und *Diskontinuität* kapitalistischer Entwicklung. Diese zeigt eine historische Variation von Entwicklungsformationen mit jeweils spezifischen institutionellen Gefügen. Die in bestimmten Zeitperioden erreichte Stabilität des Akkumulationsprozesses – eine dieser Perioden in Deutschland nennt man bezeichnenderweise das „Wirtschaftswunder“ – stellt sich nicht automatisch ein, sondern beruht auf der Entdeckung und Wahrnehmung von Chancen einer *kohärenten* Gestaltung von wirtschaftlichen Entwicklungsmustern und ihrem sozioökonomischen Institutionengefüge. Regulation ist somit ein Produkt von Suchprozessen, institutionellen Experimenten und Aushandlungsprozessen gesellschaftlicher Akteure. Der Regulationsansatz basiert damit auf einem *integralen* Verständnis von Ökonomie, versteht also Wirtschaftswissenschaft als eine empirisch fundierte *Sozialwissenschaft* und kehrt so zu einer guten *alten* Tradition der Wirtschaftswissenschaften zurück.

Im regulationstheoretischen Basiskonzept wird das makroökonomische Entwicklungsmodell einer Periode gewöhnlich als „Akkumulationsregime“ umschrieben, das sich in den vorherrschenden Technologien, Branchenstrukturen, Produktionskonzepten und gesellschaftlichen Konsummustern materialisiert. Die „Regulationsweise“ umschreibt dann den gesellschaftlichen *Koordinationsrahmen* als ein Gefüge von Institutionen,

Konventionen, Verhaltensmustern und Steuerungsmechanismen, die im „günstigen Falle“ – also nicht im Sinne eines funktionalistischen Automatismus – die systemische *Kohärenz* eines sozioökonomischen Entwicklungsmodells herstellen und aufrechterhalten. Gesellschaftliche Regulation wird von Boyer (1990) an einer Reihe von „institutionellen Formen“ festgemacht: sie umfassen das *Konkurrenzverhältnis* im Sinne der Organisationsformen und Koordinationsmechanismen des Unternehmenssektors, zweitens die *Lohnverhältnisse* und industriellen Arbeitsbeziehungen, drittens die *staatliche Politik* im Sinne von institutionalisierten Kompromissen zwischen gesellschaftlichen Akteuren, ferner die nationalstaatliche und supra-nationale Regulierung von Handels- und Finanzbeziehungen sowie Währungsrelationen. In jenen Zeitperioden und jenen *Räumen* im Sinne von bestimmten nationalstaatlichen Territorien oder auch sub-nationalen Regionen, in denen eine komplementäre Gestaltung von Akkumulationsregime und Regulationsweise oder von ökonomischer Entwicklung und gesellschaftlichem Institutionengefüge hergestellt werden kann, kommt es zu länger anhaltenden Phasen der Prosperität und Expansion.

Das Interesse vieler Geographen und Regionalforscher am Regulationsansatz ist darauf zurückzuführen, daß es sich hier um ein gesellschaftstheoretisches Konzept mit *raumdifferenzierender* Perspektive handelt, um ein Konzept, das dem Raum und der Örtlichkeit einen hohen Stellenwert beimißt, d. h. für die räumliche Differenzierung und *regionale* oder auch lokale Spezifik von wirtschaftlichen Prozessen und gesellschaftlichen Institutionen sensibel ist, und das zugleich die *Durchdringung* verschiedener räumlicher Maßstabebenen der Entwicklung (vom Globalen über das Nationalstaatliche bis zum Regionalen und Lokalen) erfassen kann. Allerdings darf der Regulationsansatz nicht als „fertige Theorie“ mißverstanden werden, sondern repräsentiert eher ein Rahmenkonzept und Forschungsprogramm, das innovative Arbeiten u. a. zur Wirtschaftsgeographie und Regionalforschung hervorgebracht hat, aber auch eine Reihe von Schwachstellen und Fehlentwicklungen aufweist.

## 2 Der Regulationsansatz in der Raumforschung

In der Wirtschaftsgeographie und Regionalforschung ist der Regulationsansatz verwendet worden, um neue Tendenzen der Raumentwicklung und die Transformation raumwirtschaftlicher Strukturen gesellschaftstheoretisch zu interpretieren (Amin 1994, Bathelt 1994, Krätke 1996, Danielzyk 1998, Berndt 1999).

Den empirischen Anstoß gab hierbei die Wahrnehmung von bestimmten wachstumsdynamischen und prosperierenden *regionalen* Ökonomien unterhalb der Maßstabebene nationalstaatlicher Wirtschaftsräume. Die regulationistischen Beiträge zur Raumentwicklung zeichnen sich dabei durch eine kreative *Verbindung* verschiedener Analysestränge aus – diese umfassen z. B. die Forschungsarbeiten über „industrielle Distrikte“ im Sinne lokaler Agglomeration und Vernetzung spezialisierter Produzenten, ferner die Arbeiten der „kalifornischen Schule“ der Wirtschaftsgeographie über „neue Produktionsräume“ wie

z. B. neu formierte Hochtechnologie-Distrikte abseits der klassischen Industriezentren, schließlich die Arbeiten französischer und italienischer Regionalökonomien über „regionale Innovations-Milieus“ sowie die Arbeit skandinavischer Regionalforscher über „lernende Regionen“ bzw. die regional-spezifischen Bedingungen der Innovationsfähigkeit von Wirtschaftsregionen. Die Nutzung des Regulationsansatzes in der Raumforschung zielt im Kern darauf, ein vertieftes Verständnis der Bedingungen ungleichmäßiger Regionalentwicklung oder auch polarisierter Raumstrukturen zu gewinnen und zu einem „integralen“ Verständnis von regionalen Wirtschaftsräumen beizutragen – diese sind nicht nur von gegebenen materiellen Ressourcen und sektoralen Strukturen bestimmt, sondern gerade auch von der Qualität ihrer *institutionellen* Ressourcen. Dabei werden die Einflußfaktoren der Regionalentwicklung stets im Sinne einer räumlichen Mehrebenen-Analyse erfasst.

Bevor ich nun *Schwachstellen* dieses Ansatzes und Konzepte für ihre Bearbeitung skizziere, möchte ich auch kurz auf gewisse *Fehlentwicklungen* hinweisen: Zu den Fehlentwicklungen gehört vor allem die *Verkürzung* des Regulationsansatzes auf Trendbeschreibungen einer vermuteten „post-fordistischen“ Entwicklungsformation kapitalistischer Gesellschaften. Dazu gehören insbesondere Beiträge aus der Stadtsoziologie und lokalen Politikforschung, die den Regulationsansatz lediglich zur *Kontextualisierung* von aktuellen Trends in der Stadt- und Regionalentwicklung benutzen anstatt eine empirisch fundierte und zugleich gesellschaftstheoretisch „anspruchsvolle“ Stadt- und Regionalforschung zu betreiben. Wo der Regulationsansatz nur noch in Versatzstücken wie etwa den Generalformeln von „Fordismus“ bzw. „Post-Fordismus“ verwendet wird, befürchte ich ein Ausbleiben von Erkenntnisfortschritten.

Zu den *Schwachstellen* des Regulationsansatzes gehören meines Erachtens drei Punkte: *Erstens* die Konzentration vieler Beiträge auf starke, *prosperierende* Wirtschaftsregionen oder auf dynamische regionale Entwicklungstypen, die stellenweise als wirtschaftsräumliche Prototypen einer neuen gesellschaftlichen Entwicklungsformation verstanden werden. So haben Anhänger des Regulationsansatzes die Formierung neuer Produktionsräume als geographische Angelpunkte eines „post-fordistischen“ Entwicklungsmodells interpretiert und stützten sich hierbei auf Tendenzen zur Re-Agglomeration von Industrieaktivitäten und Formierung *neuer* „industrieller Distrikte“ abseits der traditionellen fordistischen Industriezentren. Das hat die Kritik herausgefordert, von der mangelnden Repräsentativität und begrenzten „geographischen Reichweite“ solcher Regionalökonomien zu sprechen. Diese Kritik läßt sich konstruktiv verarbeiten, wenn man bedenkt, daß ein Regulationsansatz für die Regionalforschung keineswegs auf eine Theorie der *wachstumsstarken* Regionen konzentriert werden muß. Krisen- und Problemregionen sind z. B. von Moulaert (1996) und Krätke et al. (1997) untersucht worden.

*Zweitens* ist die Rolle des *Staates* innerhalb der gesellschaftlichen Regulationsweise wie auch im regionalen und lokalen Entwicklungszusammenhang unterbelichtet geblieben, soweit man davon absieht, daß manche regulationistische Beiträge zur Stadtforschung dahin tendieren, gesellschaftliche Regulation auf die politische Steuerung lokaler Ent-

wicklung zu reduzieren. Heute beteiligen sich aber ernstzunehmende Staatstheoretiker wie B. Jessop an der Weiterentwicklung des Regulationsansatzes. Jessop (1995) stellt die gesellschaftliche Einbettung des Staates und die strategische Selektivität staatlicher Politik heraus, und hieran anknüpfend bietet das Konzept der *räumlichen* Selektivität staatlicher Politik eine vielversprechende Perspektive (Jones 1999): Räumliche Selektivität impliziert, daß der Staat mit seinen wirtschaftspolitischen Strategien, Finanzhilfen und Entwicklungsprojekten dahin tendiert, bestimmte Regionen und Orte zu privilegieren. Dabei wäre in raumdifferenzierender Perspektive noch zu beachten, daß auch staatliche und politische Regulation von einer Überlagerung und Durchdringung verschiedener *Maßstabsebenen* geprägt sind, wobei die regionale und die lokale Ebene des Staates gegenüber dem Zentralstaat durchaus ein „Eigengewicht“ haben. Für die institutionellen Formen der Regulation sind die verschiedenen Arten der staatlichen Präsenz in der Ökonomie von besonderer Bedeutung, und in diesem Kontext ist die heutige Entwicklung zum nationalen und regionalen Wettbewerbsstaat zu thematisieren. Die Frage nach dem Regulationssystem „gegebener“ Wirtschaftsregionen läßt sich erweitern um die Frage, wieweit sich neue Räume der Regulation *aktiv konstruieren* lassen – man denke hier z. B. an die grenzüberschreitenden Räume der sog. Euroregionen.

Als eine *dritte* Schwachstelle des Regulationsansatzes wurde erkannt, daß die subnationale Ebene, d. h. die *regionale* Differenzierung von Regulationssystemen unterbeleuchtet war (Tickel/Peck 1992). In den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wurde die Begrifflichkeit des Regulationsansatzes meist auf *nationale* Wirtschaftsräume bezogen, die räumliche Differenzierung von Entwicklungsmodellen des Kapitalismus wurde an *nationalen* Unterschieden von makroökonomischen Strukturen und Regulationsweisen festgemacht. Die französischen Regulationisten Leborgne/Lipietz (1990) haben Ansätze zur Unterscheidung

### **es geht um ein regulationstheoretisch begründetes Konzept regionaler Entwicklung**

regionaler Entwicklungstypen formuliert, diese Typisierungen aber ohne Rücksicht auf „Aggregationsprobleme“ vorwiegend zur Charakterisierung von *nationalen* Entwicklungsmodellen in der nach-fordistischen Ära verwandt. Die Vernachlässigung der regionalen Differenzierung von Regulationssystemen ist für ein explizit raumdifferenzierendes gesellschaftswissenschaftliches Konzept nicht akzeptabel, und so haben „regulationistisch“ inspirierte Geographen und Regionalforscher wie u. a. DiGiovanna (1996), Moulart (1996) und Krätke (1997, 1999) an diesem Punkte weitergearbeitet. Es geht dabei um ein regulationstheoretisch begründetes Konzept des *regionalen* Entwicklungszusammenhangs. Dessen zentrale Komponenten umfassen das regionale Produktionssystem und das regionale Regulationssystem mit einem regionspezifischen sozioökonomischen Institutionengefüge; ferner sind die aus der traditionellen Regionalforschung bekannten „Raumausstattungen“ mit einzubeziehen (Krätke 1999). Auch auf der Ebene von Regionalstudien ist wieder das Problem der *Kohärenz* von (regionalem) Produktions- und Regu-

lationssystem wahrzunehmen, wobei sich ein kohärentes Entwicklungsmodell keineswegs automatisch ausbildet. Auf der *regionalen* Ebene ist die Herstellung von Kohärenz wegen der von übergeordneten Maßstabebenen ausgehenden Einflüsse noch zusätzlich erschwert. So ist die Region offenbar eine besonders *prekäre* Ebene der Regulation.

Verschiedene heutige *Wachstumsregionen* könnten aus regulationstheoretischer Perspektive als Ausdruck der Formierung neuer Regulationssysteme *auf regionaler Ebene* interpretiert werden, die mit einem „nach-fordistischen“ Gesellschaftsmodell kompatibel sind (Tickell/Peck 1992, Amin 1992). Die Existenz *konkurrierender* regionaler Entwicklungsmodelle mit ganz unterschiedlichen Produktions- und Regulationssystemen weist aber darauf hin, daß die Aufsteigerregionen keineswegs Prototypen einer neuen Regulationsweise *auf gesamtgesellschaftlicher Ebene* darstellen müssen – sie können in vielen Fällen auch als „regulatorische Experimente“ von begrenzter geographischer Reichweite begriffen werden. Einige der relativ erfolgreichen regionalen Ökonomien der Gegenwart basieren auf einem regionalen Regulationssystem, das durch kooperative Beziehungen oder Vertrauensbeziehungen zwischen den regionalwirtschaftlichen Akteuren und kollektive Unterstützungseinrichtungen der Regionalwirtschaft charakterisiert ist. Solche regionsspezifischen *kollaborativen* Regulationssysteme sind aber nicht ohne weiteres kompatibel mit einer auf gesamtwirtschaftlicher Ebene um sich greifenden neo-liberalen Regulationsform ökonomischer Beziehungen, die auf die Durchsetzung des Stärkeren auch in Unternehmensnetzwerken, auf rücksichtslose und evtl. destruktive Konkurrenz und auf selektive Förderung der führenden Unternehmen bzw. Weltmarkt-„Champions“ setzt.

### 3 Resultate des Regulationsansatzes für die Regionalforschung

Die Verwendung regulationstheoretischer Konzepte in der Regionalforschung läuft erstens darauf hinaus, die *Instabilität* räumlicher Entwicklung im Rahmen der kapitalistischen Dynamik zu erfassen und zweitens die *Vielfalt* regionaler Entwicklungstypen innerhalb nationalstaatlicher und supra-nationaler Wirtschaftsräume herauszuarbeiten. Hierbei sind die für die Raumordnungspolitik relevanten *siedlungsstrukturellen* Regionstypen wenig hilfreich; im Kontext der Debatte um die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit von Regionen in einem transnationalen Markt- und Produktionszusammenhang benötigen wir zeitgemäße *sozioökonomische* Raumkategorien, die auch solche Einflußfaktoren einbeziehen, mit denen das Auseinanderdriften siedlungsstrukturell gleichartiger Regionstypen wie z. B. der Agglomerationsräume untersucht werden kann. Dazu könnte die Unterscheidung von Regionstypen nach ihren charakteristischen regionalen Produktions- und Regulationssystemen ein Ansatz sein.

Für die Stabilität einer regionalen Ökonomie und ihre Entwicklungschancen im Kontext der interregionalen Konkurrenz ist die Frage bedeutsam, ob das Produktions- und Regulationssystem einer Region *komplementäre* Strukturen ausbildet. Mangelnde

Kohärenz der ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse „vor Ort“ kann ein Entwicklungshindernis darstellen. Das betrifft z. B. Regionen, deren Unternehmen eine schwache regionale Verankerung aufweisen und die ein fragmentiertes Produktionssystem haben. Kohärente Strukturen sind nicht das Resultat von Marktprozessen, sondern gründen sich auf „sozioökonomische Innovationen“, die das Ergebnis von Lernprozessen, Aushandlungsprozessen und Kompromissen zwischen regionalwirtschaftlichen Akteuren sind. Insofern basiert Kohärenz auf „politischer“ Gestaltung.

**G**eringe Kohärenz auf regionaler Ebene zeigt jener Typus von Wirtschaftsregionen, der dem Modell „funktional-räumlicher Arbeitsteilung“ zugerechnet werden kann: solche Regionen sind geprägt von der Vorherrschaft einer raumübergreifenden (inter-)nationalen Unternehmensorganisation bei starker funktionaler Spezialisierung des regionalen Produktionssystems. Dazu gehören erstens metropolitane Regionen mit einer Spezialisierung auf „strategische“ Funktionen. Im Extremfall verselbständigen sich hier unternehmerische Finanz- und Dienstleistungszentren von der regionalen Industriebasis. Zweitens gehören zu diesem Typus die Regionen mit einer Spezialisierung auf geringqualifizierte Fertigungsfunktionen, d. h. extern kontrollierte „Ausführungsregionen“. Geringe Kohärenz auf regionaler Ebene charakterisiert auch jene Regionen, deren Produktionssystem keiner funktionalen Spezialisierung unterliegt, aber eine fragmentierte Struktur aufweist – das betrifft viele „Durchschnitts-Regionen“. Hohe Kohärenz auf regionaler Ebene zeigt demgegenüber jener Typus von Regionen, der dem Modell „industrieller Distrikt“ zugerechnet werden kann: Solche Regionen sind idealtypisch charakterisiert durch die Existenz einer spezialisierten und funktional integrierten Industrie bei Vorherrschaft einer „milieu-artigen“ Organisation des regionalen Regulationssystems mit ausgeprägten Netzwerken und Kooperationsbeziehungen. Eine Zwischenstellung nimmt jener Typus von Regionen ein, der als das Modell der „regionalisierten Produktionskomplexe internationaler Unternehmen“ bezeichnet werden kann: Solche Regionen sind geprägt von der Existenz regional integrierter Unternehmensnetzwerke unter Kontrolle (inter-)nationaler Industrieunternehmen. Dieser Typus entsteht durch Schaffung neuer industrieller Organisationsformen von seiten großer (inter-)nationaler Unternehmen – eine Reihe von Großunternehmen reorganisiert sich heute in Form eines quasi dezentralisierten Netzwerks von relativ selbständig agierenden Unternehmenseinheiten. Diese Reorganisation kann verschiedene räumliche Formen annehmen, die von weiträumig verteilten „globalen“ bis zu territorial integrierten Produktionsnetzen reichen. Wo im Blick auf produktivitätssteigernde Agglomerationseffekte die territorial integrierte Organisationsform bevorzugt wird, entstehen funktional integrierte regionale Produktionskomplexe. Beispiele hierfür finden sich in verschiedenen Hochtechnologie-Regionen Europas, aber auch in älteren industriellen Distrikten, wenn sie unter Kontrolle von großen regions-externen Unternehmen geraten, und in einigen der heute in „peripheren“ Regionen neu geschaffenen Produktionskomplexe z. B. der Automobilindustrie. In den verschiedenartigen regionalen Entwicklungsmodellen, die man selbstverständlich noch wesentlich

besser ausdifferenzieren müßte, artikuliert sich das Spannungsverhältnis von Globalisierung und Regionalisierung – und dies wird die Raumforschung und Regionalwissenschaft auch in Zukunft beschäftigen.

Mit einer regulationstheoretischen Interpretation der Vielzahl an vorhandenen Regionalstudien des europäischen Raumes kommt man bereits unter Berücksichtigung weniger relevanter Regionstypen zu einem Raumverständnis, das sich mit dem Bild des „Leopardenfells“ illustrieren läßt und über die traditionellen Raumstrukturbilder Europas hinausweist. Eine besonders komplexe Kategorie regionaler Entwicklungstypen sind hierbei die Metropolregionen: infolge der Verschachtelung von Teilökonomien sind sie schwer zu interpretieren, und zudem sind hier neue Produktionsräume und lokale Agglomerationen ebenso wie traditionelle Produktionsgebiete „auf engstem Raume“ zugleich anzutreffen, was sich z. B. an der Metropolregion Berlin gut illustrieren läßt (Krätke/Borst 2000). Die Existenz einer Vielzahl kleinräumiger Agglomerationen von Firmenstandorten spezieller Branchen-Gruppen, die sich in verschiedenen Zonen des Berliner Wirtschaftsraumes verteilen, kann als Ausdruck der Vielfalt der räumlichen Organisationsformen von Teilökonomien einer metropolitanen Wirtschaftsregion angesehen werden. Die identifizierbaren kleinräumigen Unternehmens-„Cluster“ lassen sich auch so interpretieren, daß der Wirtschaftsraum einer Metropole ein von städtischen Infrastrukturen verbundenes Netzwerk (oder besser: Gefüge) von spezialisierten Produktions-Distrikten darstellt. Da unternehmensnahe Dienstleistungen in der internationalen Debatte auch als „service industries“ und Kultur-Produktionen als „culture industries“ bezeichnet werden, wäre also die These von Lipietz (1993) gerechtfertigt, daß metropolitane Wirtschaftsräume als ein „Network of Districts“ zu charakterisieren sind.

Neben exemplarischen Regionalstudien und Regionalvergleichen müßte die regulationstheoretische Raumforschung auch durch systematische *empirische* Analysen zum Regionalsystem eines Landes weiterentwickelt werden. Die Schwierigkeit liegt hier u. a. darin, daß die in der empirischen Regionalforschung traditionell verwendeten Datenbestände nicht ohne weiteres ausreichen für die Analyse regionaler Produktions- und Regulationssysteme, wo man z. B. Aussagen über regionsinterne und -externe Liefer- und Kontrollverflechtungen, über die Qualität von Kooperationsbeziehungen und Innovationsaktivitäten machen muß. Die Erkenntnismöglichkeiten eines regulationstheoretisch fundierten Konzepts der Regionalforschung können auch den Schwachstellen und Lücken der traditionellen empirischen Regionalforschung gegenübergestellt werden: Repräsentativ für diese Richtung sind etwa Arbeiten aus den Kreisen der Bonner BfLR (heute BBR), wo man die Computer mit immer neuen Daten über die *Raumausstattung* von Regionen füttert, aber die wirtschaftlichen Funktionszusammenhänge und institutionellen Ressourcen der Regionen weitgehend ausblendet. So können wir für jede Stadt und Region ganz genau angeben, wieviele über 60-jährige Personen ohne Hauptschulabschluß in weniger als einer Stunde Reisezeit bei kombinierter Verkehrsmittelbenutzung eine Technologie-Beratungsstelle aufsuchen können, aber wir wissen z. B. praktisch nichts über wirtschafts-



räumliche Kontrollverflechtungen, die nun empirisch nachgewiesenermaßen für regionale Entwicklungspotentiale von einiger Bedeutung sind. Von zweifelhaftem Wert sind daher etwa empirische Studien, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen auf Basis von Ausstattungsmerkmalen oder Standortfaktoren-Katalogen bestimmen, nicht aber die jeweiligen internen *Entwicklungsfaktoren* – insbesondere das institutionelle Gefüge und Produktionssystem der Regionen – einbeziehen. In derartigen Studien werden die Entwicklungspotentiale der Regionen mit *innovativen* Produktions- und Regulationssystemen systematisch *unterschätzt* und die Chancen von „Ausführungs-Regionen“ mit standardisierten Fertigungsaktivitäten im Hochtechnologiesektor immer wieder *überschätzt*. Auch die Gefährdung der Wettbewerbsposition jener Metropolregionen, die trotz guter Ausstattung mit Infrastrukturen und sog. Technologiezentren keine „innovativen“ regionalwirtschaftlichen Strukturen entwickeln, gerät in den traditionellen Ansätzen empirischer Regionalforschung nicht in den Blick. Die Schwachstelle liegt hier meines Erachtens in der altbackenen Sichtweise regionaler Entwicklungszusammenhänge und in einem Raumkonzept, nach dem Regionen als Behälter von allerlei Ausstattungsmerkmalen erscheinen und nicht in ihrer Qualität als Interaktionsräume wirtschaftlicher, sozialer und politischer Akteure wahrgenommen werden.

Ich möchte nun mit einem kurzen *Fazit* zum Schluß kommen: Der Regulationsansatz gehört zu jenen Konzepten der Gesellschaftsanalyse, die u. a. Konzepte der institutionellen und evolutionären Ökonomie nutzen und für die räumliche Differenzierung und regionale Spezifik von wirtschaftlichen Prozessen und gesellschaftlichen Institutionen sensibel sind. Regulationstheoretisch fundierte Regionalforschung trägt zu einem „integralen“ Verständnis von Wirtschaftsräumen und ihrer Entwicklung bei. Wenn der Ansatz als ein weiter zu entwickelndes Rahmenkonzept und Forschungsprogramm begriffen wird und es gelingt, einige Schwachstellen, auf die ich hingewiesen habe, zu überwinden, kann die Wirtschaftsgeographie und Regionalforschung von Beiträgen des Regulationsansatzes durchaus profitieren und zu einem erweiterten Verständnis des Entwicklungszusammenhangs von Raum und Gesellschaft gelangen.

## Literatur

- Amin, Ash (Hg.) 1994: Post-Fordism, a reader. Oxford.
- Bathelt, Harald 1994: Die Bedeutung der Regulationstheorie in der wirtschaftsgeographischen Forschung. In: Geographische Zeitschrift 82,2. S. 63-90.
- Berndt, Christian 1999: Institutionen, Regulation und Geographie. In: Erdkunde 53. S. 302-316.
- Danielzyk, Rainer 1998: Zur Neuorientierung der Regionalforschung – ein konzeptioneller Beitrag. Oldenburg.
- DiGiovanna, Steve 1996: Industrial districts and regional economic development: a regulation approach. In: Regional Studies 30,4. S. 373-386.

- Jessop, Bob 1995: The regulation approach, governance and post-fordism. In: *Economy and Society* 24. S. 307-333.
- Jones, Michael 1999: *New Institutional Spaces*. London.
- Krätke, Stefan 1996: Regulationstheoretische Perspektiven in der Wirtschaftsgeographie. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 40,1-2. S. 6-19.
- Krätke, Stefan 1997: Une Approche Régulationniste des Études Régionales. In: *Association Recherche et Régulation (Hg.): L'Année de la Régulation. Économie, Institutions, Pouvoirs*. Volume 1. Paris. S. 263-297.
- Krätke, Stefan 1999: A regulationist Approach to Regional Studies. In: *Environment and Planning A* 31. S. 683-704.
- Krätke, Stefan, Susanne Heeg, Rolf Stein 1997: Regionen im Umbruch, Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen „Ost“ und „West“, Frankfurt/M./New-York.
- Krätke, Stefan, Renate Borst 2000: *Berlin – Metropole zwischen Boom und Krise*. Opladen.
- Lipietz, Alain 1993: The local and the global: regional individuality or interregionalism? *Transactions of the Institute of British Geographers* 18,1. S. 8-18.
- Leborgne, Daniele, Alain Lipietz 1990: Neue Technologien, neue Regulationsweisen: Einige räumliche Implikationen. In Borst, Renate et al. (Hg.): *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*. Basel/Boston/Berlin. S. 109-129.
- Moulaert, Frank 1996: Rediscovering spatial inequality in Europe: building blocks for an appropriate „regulationist“ analytical framework. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 14. S. 155-179.
- Tickell, Adam, Jamie Peck 1992: Accumulation, regulation and the geographies of post-Fordism: missing links in regulationist research. In: *Progress in Human Geography* 16. S. 190-218.